

# Parlamentsnews

## Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

Ardaggerstraße 28  
A-3300 Amstetten  
Telefon: +43 7472-621 81 6  
Mobil: +43 676 35 85 402  
E-m@il: [ulrike.koenigsberger-ludwig@parlament.gv.at](mailto:ulrike.koenigsberger-ludwig@parlament.gv.at)  
[www.ulrike.spoe.at](http://www.ulrike.spoe.at)



## Gemeinsam Partei ergreifen

**Liebe Genossinnen, Liebe Genossen!**

### Die wichtigsten Themen im Juni:

Nach einer [Trauermminute](#) für den verstorbenen ehemaligen Vizekanzler Alois Mock, startete die erste Plenarsitzung im Juni mit einer Aktuellen Stunde der SPÖ zum Thema "[Arbeit für Österreich – Beschäftigung und Ausbildung im Fokus](#)". Sozialminister Alois Stöger warb erneut für einen Beschluss der „Aktion 20.000“, die älteren Arbeitslosen bessere Chancen auf eine Arbeit geben, indem jährlich etwa 20.000 Jobs in Gemeinden und gemeinnützigen Trägervereinen geschaffen werden sollen. Dabei kritisierte er zurecht, dass die populistische Ankündigung von Sebastian Kurz, 14 Milliarden einzusparen, nur erreicht werden kann, wenn man in Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem empfindliche Verschlechterungen für die Betroffenen vornimmt.

[In meiner Rede](#) dazu war es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass wir in dieser Gesetzgebungsperiode bereits einige wichtige Arbeitsmarktmaßnahmen getroffen haben um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die sinkenden Arbeitslosenzahlen zeigen, dass etwa ein 5 Milliarden Euro schweres Investitionspaket, die Ausbildungspflicht, der Beschäftigungsbonus und vieles mehr, endlich Früchte tragen. Arbeit ist kein Privileg, sondern ein Recht, und schafft auch einen Selbstwert. Deshalb wird die SPÖ weiterhin darauf drängen diese wichtige „Aktion 20.000“ auch umzusetzen.

Mit dem Beschluss der [Studienförderungsreform](#) konnten im Nationalrat signifikante Verbesserungen für Studierende erreicht werden. Insgesamt profitieren 50.000 Studierende von den Neuerungen. Zentrale Regelung ist die Erhöhung der Studienbeihilfe um rund 18%, was einer Valorisierung der Inflation seit 2008 entspricht. Konkret bedeutet das eine Erhöhung von 475 auf 560 Euro monatlich. Darüber hinaus sollen vor allem ältere Studierende vom erhöhten Satz profitieren (801 Euro monatlich), weil gerade diese höhere Ausgaben, etwa beim Wohnraum uä. haben.

Mit einer Anhebung der geltenden Einkommensgrenzen der Eltern, werden außerdem rund 10.000 Studierende zusätzlich vom System der Studienbeihilfen profitieren.

### Weitere Beschlüsse und Aktionen:

Aus dem [Gesundheitsbereich](#) wurden Kontrollzuständigkeiten bei BIO-Importen an das EU-Recht angepasst. Gerade auf dem österreichischen Markt erfreuen sich BIO-Produkte großer Beliebtheit, deshalb ist es für die Konsumentensicherheit von zentraler Wichtigkeit, bei der Kontrolle die Einhaltung der EU-Standards in Sachen BIO zu garantieren.

---

Weiterführende Infos unter <http://ulrike.spoe.at/index.php?pid=2261&id=51071>



# Parlamentsnews

## Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

Nachdem konkrete Informations- und Sicherheitsstandards eine wichtige Voraussetzung für eine freie Entscheidung der Konsumenten ist, wurde die Gesundheitsministerin mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, sich auf EU-Ebene für eine rasche Festlegung der Kriterien für die Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ einzusetzen, um eine klare Wettbewerbssituation sicherzustellen.

Der Nationalrat konnte sich auch auf einige [Entschließungsanträge im Bereich Menschenrechte](#) einigen. So wird die Bundesregierung aufgefordert, die [mediale Darstellung von Menschen mit Behinderungen](#) im eigenen Wirkungsbereich entsprechend der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Noch immer dominiert eine Darstellung als Bittsteller und Opfer, was nicht dazu beiträgt, die Barrieren in den Köpfen der Menschen zu beseitigen. Mit einer Evaluierung wird dabei sichergestellt, dass diese wichtige bewusstseinsbildende Maßnahme langfristig Wirkung zeigt.

Daneben wurden der Regierung auch Kriterien für den derzeit laufende Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte mit auf den Weg gegeben, auf die besonders zu achten ist. So darf die Möglichkeit einer Individualbeschwerde nicht durch zusätzliche Zugangsbeschränkungen erschwert, und die Unabhängigkeit und Autorität des EGMR nicht in Frage gestellt werden.

Abseits der Tagesordnung hat die SPÖ eine Reihe von Initiativanträgen im Plenum eingebracht, die bei einer Mehrheit im Plenum, noch vor Ende der Gesetzgebungsperiode umsetzbar wären. Darunter befinden sich beispielsweise höhere Handelsspannen für TrafikantInnen, die verpflichtende Frauenquote von 30% in Aufsichtsräten, und Verbesserungen im ArbeitnehmerInnenschutzbereich. Aber auch eine Modernisierung der Verwaltungsvorschriften, der Sportförderung und der Hochschulpolitik werden gefordert. Wir hoffen natürlich, noch einige dieser Vorhaben umsetzen zu können, und ich werde euch darüber auch gerne auf dem Laufenden halten.

Nach einer Reihe von [Rechnungshofberichten](#) zur Vergabe des Digitalfunks, dem Anhaltezentrum Vordernberg und der Wiener Parkraumbewirtschaftung wurde abschließend über [59 Fristsetzungsanträge der FPÖ](#) abgestimmt. Die durchwegs abgelehnten Anträge hätten zum Ziel gehabt, eine Vielzahl von offenen Anträgen noch vor Juli abschließend zu behandeln, und damit ins Plenum zu bringen. Abgesehen davon, dass einige Anträge inhaltlich fragwürdig sind (jedwede Einbürgerung von türkischen Staatsbürgern – also z.B. auch Kurden - aussetzen, Ausschluss von NGOs aus dem Asylwesen, ...), wurde damit dem Ansinnen der FPÖ, die nächste Nationalratsitzung für einen „gratis Wahlkampf“ zu nutzen, eine Absage erteilt.

